

Müll-Exporte

Die Somalia-Connection

Ende 2004 lagen plötzlich große rostende Fässer mit radioaktivem Abfall am Strand der somalischen Küste: Der Tsunami hatte sie vom küstennahen Meeresboden ans Tageslicht befördert. Seit Jahren lassen hier die Industrieländer ihren Atom-Müll ins Meer werfen, nicht selten mit Wissen ihrer Regierungen und oft mithilfe der italienischen Mafia.

Von Bashir Mohamed Hussein

Somalia war schon immer eines der ärmsten Länder der Welt, dessen Bevölkerung ausschließlich von einer kargen Landwirtschaft lebte, das heißt von einer einigermaßen intakten Umwelt.

Seit den frühen 90er Jahren jedoch bestätigen Berichte der Vereinten Nationen (United Nations Environmental Program, UNEP) und von Greenpeace, dass Somalia seit Jahren in großem Maßstab von europäischen Unternehmen als Müllablageplatz genutzt wird, auf dem sie beträchtliche Mengen ihrer giftigen Abfälle loswerden können.

Seit 1990 berichten die westlichen Medien über den anscheinend endlosen Machtkampf zwischen somalischen Stämmen und Milizen. Mehr als dies jedoch interessiert den Westen seit einiger Zeit ein neues Phänomen: die Piraterie vor Somalia. Piraten sind eine Gefahr für den internationalen Seeverkehr zwischen dem Persischen Golf und dem Indischen Ozean. Die Reaktion erfolgte blitzschnell: Die EU („Operation Atlanta“), die Nato und viele andere Länder (z.B. Russland, China, Korea, Japan, der Iran) schickten Kriegsschiffe. Nachdem die Piraterie dort auch nach einem Jahr kaum nachgelassen hat, könnte man zu dem Ergebnis kommen, dass diese multinationale Mission relativ erfolglos war. Und seltsam: Angeblich gehörte zu den Aufgaben der Kriegsschiffflotte auch die Abschreckung illegaler Fischfangaktivitäten in den somalischen Gewässern; aber bisher wurde in diesem Zusammenhang kein einziges Vorkommnis gemeldet.

Zudem stellen Beobachter fest, dass die alleinige Bekämpfung der Piraterie, ohne Berücksichtigung aller anderen wesentlichen Dimensionen des Konflikts, keine nachhaltige Lösung bringen kann. Vielmehr wird der Konflikt von strategischen Interessen geradezu am Leben erhalten.

Der Giftmüll, der in den OECD-Ländern anfällt (Schwermetalle, Verbrennungsrückstände, Krankenhaus- und vor allem radioaktiver Abfall), ist offenbar ein unvermeidbares Produkt der industriellen Entwicklung. Im globalen Maßstab produzieren allein die 31 OECD-Länder mehr als 90 Prozent des weltweiten Sondermülls. Aber umweltbewusst, wie sie sind, möchten diese Länder die giftigen Abfälle nicht in ihrer Umgebung entsorgt sehen (siehe den Slogan NIMBY, „Not in my backyard“). Diese Entsorgung ist heute auch nicht mehr so leicht dort, und außerdem ist sie teuer und schmälert den Gewinn. Der Ausweg ist gegeben: Man schafft den Müll in ein möglichst weit entferntes, möglichst instabiles Land.

Es gibt seit 1972 mehrere internationale Abkommen gegen dieses Verfahren, zuletzt den „Basel Ban“ von 1995, aber kein Vertrag konnte das Abkippen von Giftmüll in Entwicklungsländern bisher eindämmen. Man kann sagen, dass in allen Fällen der politische Wille der mächtigen Verursacher-Länder, diese Verbote auch durchzusetzen, gefehlt hat. Außerdem tragen auch die Liberalisierung des Welthandels, niedrige Transportkosten, ungleichgewichtige Globalisierung, fiktive Reeder in Steueroasen und ein unglaublicher Hunger nach dem schnellen Gewinn dazu bei, dass diese Praktiken weitergehen.

Nach dem Zusammenbruch der somalischen Zentralregierung im Januar 1991 verstärkte sich der Giftmülltransport nach Somalia. Bald wurde er aber weltöffentlich an den Pranger gestellt: Der damalige UNEP-Chef Dr. Mostafa Tolba bestätigte im September 1992, dass europäische Firmen das politische Chaos und den Bürgerkrieg in Somalia dazu ausnützten, ihre Giftmüllfässer vor der Küste ins Meer



Giftmülltonne, vom Tsunami ans Licht gebracht

zu werfen. Unmittelbar nach dieser Bekanntgabe machte Greenpeace in Italien die Namen einiger dieser Firmen öffentlich. Am 9. September 1992 enthüllte Roberto Ferigno (Greenpeace Italien) in einer zusammen mit der Schweizer Greenpeace-Organisation herausgegebenen Erklärung, dass die Firmen Achair Partners (Schweiz) und der Müllhändler Progresso (Italien) mit einem selbsternannten somalischen Gesundheitsminister eine (ungültige) Absprache über die Lieferung von jährlich 500 000 Tonnen Giftmüll nach Somalia bis zum Jahr 2011 getroffen hatten. Erst in jüngster Zeit, im Juli 2009, sagte der UN-Sonderbeauftragte für Somalia laut AFP: „Ich bin überzeugt, dass es dort Restmüll in festem Zustand gibt und vermutlich auch radioaktiven Abfall. Das ist eine Katastrophe für die somalische Küste und das somalische Volk und seine Umwelt.“

Es wurde außerdem sowohl durch die italienischen Medien, als auch durch parlamentarische Untersuchungsausschüsse bestätigt, dass die italienischen Truppen bei den UN-Operationen „Restore Hope“ und UNISOM zwischen 1992 und 1995 an vielen Orten spezielle Schutzanzüge trugen. Trotzdem, schrieb der *Corriere della Sera*, wurden einige Soldaten kontaminiert. Auch das Wochenmagazin *Famiglia Cristiana* zitierte aus einer gründlichen UNEP-Untersuchung an der Küste Somalias (dem Untersuchungsbericht, der dem Magazin vorlag) mehrere Fälle illegaler Giftmüll-Anlieferungen.

1997 setzte das italienische Parlament zur Untersuchung unerlaubter Giftmülldeponien einen Sonderausschuss ein, die *Commissione*

parlamentare d'inchiesta sul ciclo di rifiuti. Die Kommission befasste sich auch mit der Ermordung zweier italienischer Journalisten in Somalia, Ilaria Alpi und Miran Hrovatin, die beide bei ihren Recherchen über illegale Müll- und Waffenexporte im März 1994 in Mogadischu ermordet worden waren. Dank ihrer internationalen Verbindungen entdeckte die Kommission natürlich auch die systematische Verschiffung von Sondermüll in Bürgerkriegsländer wie Somalia. Die darin verwickelten Unternehmen und Personen arbeiteten dabei Hand in Hand mit der Mafia und einigen „irregulierten“ öffentlichen Einrichtungen. Im Oktober 2000 stellte die Kommission ausdrücklich fest, dass Somalia einer der bevorzugten Abladeplätze für Giftmüll aus Italien war, ohne dass ein Ende dieser Aktivität abzusehen wäre. In Wahrheit stammte der Giftmüll gar nicht vollständig aus Italien, sondern auch aus anderen Ländern in Europa, darunter Frankreich und Deutschland, und aus den USA. Tatsächlich und ganz legal können italienische Unternehmen Sondermüll zur Weiterverarbeitung oder Deponierung importieren. Aus mehreren Untersuchungen wissen wir jedoch, dass dieser Müll durch kriminelle italienische Organisationen und ihre Partner nach Somalia und in andere Länder Afrikas weiterexportiert wird. Man schätzt, dass mehr als ein Drittel dieser Sondermüll-Wirtschaft in der Hand der Öko-Mafia liegt.

Schon im November 1998 hatte *Famiglia Cristiana* berichtet, dass im Herbst jenes Jahres ein Team von Journalisten (vom Magazin selbst, von *La Repubblica*, TV Svizzera, Radio Popolare, Agenzia Italia sowie freiberufliche Reporter) auf einer Reise nach Kenia und Somalia der Frage nachging, ob es einen Zusammenhang gab zwischen der Ermordung der beiden Journalisten 1994 und den illegalen Müll-Exporten nach Somalia. Auch der Abschlussbericht bestätigte, dass schon seit langem illegal Gift- und Sondermüll an Somalias Küsten verklappt wurde, und publizierte eine Karte der verschiedenen Deponien.

Unmittelbar nach dem Tsunami an Weihnachten 2004 spülten die Wellen vor der somalischen Küste mehrere rostende Behälter und leckgeschlagene Fässer voller giftiger Stoffe an den Strand, die höchstwahrscheinlich vorher in Küstennähe ins Wasser geworfen worden waren. Der giftige Inhalt kontaminierte die Quellen und sogar die Luft, wobei die Effekte



Nach Zeugenaussagen waren europäische Regierungen und die Mafia an den Giftmüll-Geschäften beteiligt.

hiervon noch zehn Kilometer landeinwärts zu spüren waren. Wieder einmal gaben die alarmierten Vereinten Nationen eine Warnung aus.

Die Verdacht auf Beteiligung von Regierungsstellen wurde auch von drei weiteren italienischen Zeugen geäußert.

Marcello Giannoni, ein Geschäftsmann, der selbst mit Giftmüll-Lieferungen nach Somalia zu tun hatte, sagte im November 1998 vor einem Richter aus: „Ende der 80er Jahre bis in die frühen 90er Jahre hinein, gab es einen sehr mächtigen italienischen Politiker, der mit solchen Müll-Exporten nach Somalia zu tun hatte (...) Ich darf seinen Namen nicht verraten, aber es war ein sehr mächtiger Politiker.“ Freimütig und detailliert klärte er die Richter auch darüber auf, wie „hochgiftiger Müll und radioaktiver Müll aus den USA mit italienischen Abfällen vermischt und das Ganze dann nach Somalia geschickt wurde“.

Staatsanwalt Dr. Luciano Tarditi äußerte sich folgendermaßen: „In den 80er und den 90er Jahren haben große europäische Industrieunternehmen, mit starker Beteiligung US-amerikanischer Unternehmen, einen umfangreichen Export von Gift- und Sondermüll nach Somalia organisiert.“ Er war außerdem überzeugt davon, dass dies nicht möglich gewesen wäre „ohne die politische Rückendeckung (*copertura politica*) und ohne Protektion durch die Geheimdienste, da der in Frage stehende Export von strategischer Bedeutung war“.

Und 2006 teilte Carlo Giovanardi, der italienische Minister für Parlamentsangelegenheiten, dem parlamentarischen Sonderausschuss mit: „Mehrere Indizien weisen darauf hin, dass europäische und nichteuropäische Regierungen und auch die Mafia in die genannten [Giftmüll-] Handelsgeschäfte und andere Personen verwickelt waren; dies trifft auch auf den bekannten Broker Giorgio Comerio zu, der in eine ganze Reihe von Affären verwickelt ist, die mit Somalia zu tun haben.“

Erklärungen dieser Art belegen deutlich, dass die Ablagerung von Giftmüll nicht einfach eine private oder nur öko-mafiose Verfehlung ist, sondern zu einem beträchtlichen Teil offenbar von staatlicher Seite gefördert wird.

Nach 20 Jahren Bürgerkrieg funktionieren die öffentlichen Einrichtungen in Somalia nicht mehr. Staatliche Krankenhäuser gibt es praktisch keine mehr. In Süd-Somalia, Schauplatz der anhaltenden Gewalt, aber anscheinend auch Anlaufstelle der meisten Giftmüll-Schiffe aus Europa, gibt es nur noch wenige private oder von internationalen Hilfsorganisationen betriebene Kliniken. Es ist also unmöglich, die Gesundheitsprobleme der Bevölkerung systematisch zu erfassen, aber über einige extrem beunruhigende Erkrankungen, sowohl bei Tieren, als auch bei Menschen, wurde von in- und ausländischen Medien berichtet.

In dem erwähnten UNEP-Bericht nach dem Tsunami wird festgestellt, es gebe „in Somalia Beweise dafür, dass Giftmüll auf Deponien das Grundwasser kontaminiert hat“. Dort war auch die Rede von bis dahin ungewöhnlichen Gesundheitsproblemen: „akute Atemwegserkrankungen, schwerer trockener Husten, Mund- und Magenblutungen, neuartige chemische Hautreizungen“. Lokale Ärzte, Somalis ebenso wie Ausländer, berichten von einer erhöhten Zahl von Krebserkrankungen, Fehlgeburten sowie – speziell in der Küstenstadt Marka, der Hauptstadt der Region Shabeellaha Hoose (südlich von Mogadischu) – Miss- und Fehlbildungen bei Neugeborenen. Eine ungewöhnlich hohe Zahl von Missbildungen meldete auch die Radiostation HornAfrica in Mogadischu aufgrund von Berichten mehrerer Ärzte aus der dortigen SOS-Nothilfeklinik. Dr. Bashir Sheikh Omar, der Leiter der Entbindungsstation der Klinik, führt diese Entwicklung auf die lokalen Giftmüll-Deponien zurück. Die erwähnte Zeitschrift *Famiglia Cristiana* zitiert die Ärztin Dr. Pirko Hononen (UNICEF Somalia): „Eine neuartige Krankheit tötet Menschen in Bardale (Süd-Somalia) in hoher Zahl“; und sie fügt hinzu, es habe dort „in zwei Monaten schon 120 Opfer gegeben (...) Die Symptome sind hohes Fieber und Blutungen aus dem Mund.“

Besonders alarmierend war der Bericht einer Gruppe, die nicht nur Reporter umfasste, sondern auch ein Mitglied der Grünen im italienischen Parlament, den Abgeordneten Mauro Bulgarelli, nach einem Besuch bei einigen ver-

dächtigen Deponien. Sie legte eine Dokumentation der vom Tsunami leckgeschlagenen Giftfässer und der davon ausgehenden Gesundheitsgefahren vor, insbesondere in der Gegend von Warsheik, nahe Mogadischu. Dort hatten die Reporter Dr. Gabriele Lombardo interviewt. Er erklärte, „seine Kollegen und er, die [nach dem Tsunami] die Dörfer in der Region besuchten, hätten eine ganze Reihe rätselhafter Krankheiten festgestellt, die mit relativ ungewöhnlicher Häufigkeit auftraten: Mikro- und Makrozephalien (abnorm kleine oder große Schädel) in einer Häufigkeit, die kein medizinisches Lehrbuch verzeichnet“.

Diese unsystematische Auswahl von Berichten kann natürlich nur schweigen von den vielen Haushalten in Somalia, in denen die meisten Menschen jahrelang keinen Arzt sehen.

Aber sie belegen den Umfang und das Gefahrenpotenzial der illegalen Praktiken.

Mächtige Nationen, die vom Chaos des Bürgerkriegs profitieren, missbrauchen bedenkenlos einen zusammengebrochenen, also schutzlosen Staat als Giftmüllkippe. Reiche Länder des Westens werfen ihre gesundheitsgefährdenden Abfälle den Bewohnern vor die Haustür: eine fortwährende, oft staatlich geförderte Verletzung von Menschenrechten.

Es liegt auf der Hand, dass Entsorgungen solcher Art den kriegesischen Konflikt in dem „vergessenen Land“ nur verlängern können.

Übersetzung aus dem Englischen: Philipp Reuter

17. November 2008: Piraten halten die Mannschaft des chinesischen Fischtrawlers Tianyu-8 gefangen.



Claus Offe im Gespräch mit Gunter Hofmann (*Die Zeit*) und Wilhelm Heitmeyer

Rette sich, wer kann!

Der Politikwissenschaftler Claus Offe, Professor an der Hertie School of Governance, kann in der Finanzwelt keine Chancen für eine durchgreifende Regulierung erkennen. Er befürchtet vielmehr eine „schleichende und dramatische Verrottung“ des politischen Systems, das er auf dem Weg in „post-demokratische Verhältnisse“ sieht: „Die Institutionen funktionieren irgendwie, aber das Interesse des Publikums nimmt weiter ab“ (Wilhelm Heitmeyer).

Herr Offe, wie würden Sie die Qualität der weltweiten finanzökonomischen Krise von heute beschreiben? Lässt sich die Situation überhaupt mit den siebziger Jahren vergleichen? Damals zählten Sie zu den intellektuellen Kritikern des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Rede war von einer Legitimationskrise des Spätkapitalismus.

Aus damaliger Sicht überraschend an der gegenwärtigen Finanzmarktkrise ist sicher, auch wenn es heute eine Platitüde ist, dass Nationalstaaten nicht mehr haftbar sind für Krisenbewältigung. Grenzen sind in diesem weltweiten Spekulationsgeschäft weggeschwemmt worden, was bedeutet, dass einzelne Staaten nicht einfach Stoppschilder aufbauen und sich „national« schützen können. Richtig bei der Krisenbewältigung ist daher sicher der Versuch, auf europäischer oder atlantischer Ebene die Politik, vor allem neue Kontrollinstrumente, zu koordinieren – wie mühsam das auch sein mag. Diese Krise ist ihrer Natur nach ein Globalisierungsphänomen, sie ist nachstaatlich. Wenn man von unmittelbaren Ursachen für den Kollaps der Finanzmärkte spricht, ist gleichwohl ein Ursprungsort zu benennen: nämlich der US-amerikanische Häusermarkt, die Subprime-Kredite, die da billig vergeben worden sind und die dann plötzlich für viele unbezahlbar wurden. Diese von der Bush-Administration und ihrer Zentralbank ausdrücklich ermutigte Blasenbildung hat Dominoeffekte in alle Richtungen ausgelöst, wie wir es seit der Weltwirtschaftskrise in den zwanziger Jahren nicht gesehen haben.

War die Kritik am Spätkapitalismus in den siebziger Jahren denn politisch motivierte allgemeine Systemkritik, oder handelte es sich um eine reine Wirtschafts-, manche sagen auch Ölpreiskrise?

Die Krisen der siebziger Jahre kann man auf zweierlei Weise beschreiben. Sie waren lokali-

siert, sie betrafen einzelne Länder, und sie betrafen bestimmte Sektoren der Länder, beispielsweise Stahl- oder Automobilindustrie. Auf die Industriestaaten im Westen schlugen zwei dramatische Ölpreissteigerungen durch, die, wohlgemerkt, durch politische Entscheidungen der OPEC-Regierungen in Reaktion auf militärische Konflikte (Jom Kippur, Irak) ausgelöst worden waren. Das ist das eine. Wir haben damals gedacht (und ich denke das auch heute), der Nationalstaat sei strukturell parteilich und verteidige die Interessen der Kapitalverwertung, von der ja alles abhängt: Akkumulation und Wachstum als soziale Friedensformel. Im Eigeninteresse des Staates liege es, die Steuerbasis sicherzustellen. Politisch war aus unserer Sicht der Staat unbedeutend, die Wirtschaft dominierte. Das machte es zunehmend schwieriger, reformpolitische Versprechungen einzulösen, wie es zumindest bis Anfang der siebziger Jahre gelang. Für mich ist das der wichtigste Einschnitt der Nachkriegsgeschichte, diese Zäsur

Professor Dr. Wilhelm Heitmeyer



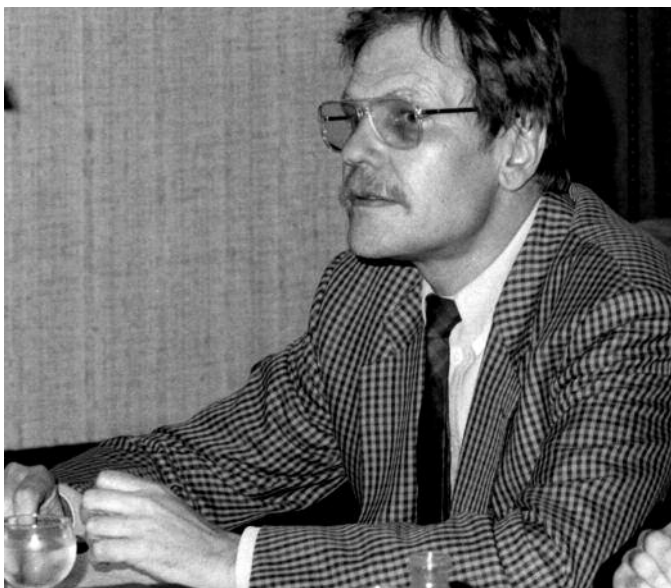
von 1973/74. Vor dem Rücktritt von Willy Brandt dominierten durchaus optimistische, aktive reformpolitische Ambitionen. Danach war es damit glatt zu Ende.

Und ab dann geriet die Politik in eine Krise, der Staat konnte nicht mehr intervenieren und gestalten?

Und als Reflex darauf wurde die Zuversicht in die Leistungsfähigkeit staatlicher Politik schwer beschädigt. Der öffentliche Korridor wurde enger, der Staat zog sich zunehmend zurück hinter Sparzwänge. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre setzte dann das große „Umdenken«, die marktliberale Hegemonie ein. Es wurde nur noch für „weniger Staat« und einen Rückzug der Politik plädiert. Denken Sie beispielsweise an das Lambsdorff-Papier, mit dem Helmut Schmidts Sturz vorbereitet worden ist. Das dauerte bei uns an bis zur Inauguration von Helmut Kohl Ende 1982. In Großbritannien ging Margaret Thatcher mit ihrer neoliberalen Politik noch weiter, dort hieß es noch radikaler, wir alle hätten zu hohe Ansprüche, lebten über unsere Verhältnisse, erwarteten zu viel vom Staat. Jetzt sei nichts mehr zu verschenken, nur noch abzubauen. Dieser neoliberale Einbruch in Großbritannien, auch in den USA mit Ronald Reagan und zum Teil auch in Deutschland, ging schon sehr weit.

In den Schmidt-Jahren hieß es aber doch immerhin, das deutsche korporative Modell – Gewerkschaften, Industrie, Politik – funktioniere

Claus Offe



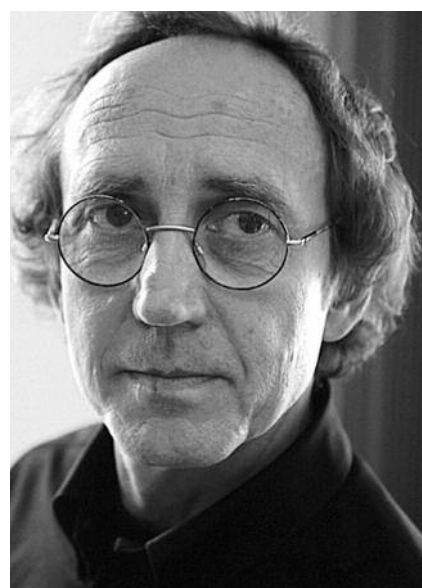
noch, einen gewissen nationalen Keynesianismus hat der sozialdemokratische Kanzler doch auch durchzusetzen versucht, oder?

Das ist richtig. Währungspolitisch konnte man noch handeln, Schmidt und Giscard erfanden die G6, den Weltwirtschaftsgipfel zur besseren Koordinierung, und die internationale Konkurrenz auf den Märkten war bei weitem noch nicht so intensiv wie jetzt. Reste vom „Rheinischen Kapitalismus«, der „Deutschland AG« mit funktionierenden Verbänden, der Zusammenarbeit in bestimmten Sektoren, existierten noch, und wichtige wirtschafts-, sozial- und geldpolitische Fragen wurden akkordiert. Davon ist heute kaum noch etwas zu sehen.

Die Beherrschbarkeit hat abgenommen, sagen Sie. Lässt sich das damit erklären, dass es seit längerem Kontrollgewinne des Kapitals gegeben hat und Kontrollverluste der Politik und des Staates?

Ja, die Staaten im gesamten OECD-Bereich werden richtig als *competition states* beschrieben; oberstes Gütekriterium staatlicher Politik ist die wachstumsorientierte Wettbewerbsfähigkeit. Es sind Staaten, die keine Grenzen haben, mit denen sie sich abschirmen können gegenüber ökonomischen Wettbewerbern, erst recht nicht auf Kapitalmärkten, aber auch auf Gütermärkten. Erinnern Sie sich: Ein weiteres Merkmal der Krisen der siebziger Jahre waren die relativ gut artikulierten Konflikte, die sie begleiteten. Die Wahlkämpfe handelten von ernsthaften Fragen, Weltwirtschaftskrise, RAF, Kernenergie, Nato-Doppelbeschluss, zu wenig

Gunter Hofmann



oder zu viel Staat; die Verbände positionierten sich, die politischen Parteien ließen sich unterscheiden, und krisenhafte Entwicklungen wurden aufgegriffen von politischen Akteuren, die vergleichsweise klar sprachen, Gewinner und Verlierer benannten und programmatisch agierten. „Lieber fünf Prozent Inflation als fünf Prozent Arbeitslosigkeit!“ – eine Botschaft aus einer anderen Zeit. Wenn man sich heute Auftritte von Helmut Schmidt aus der damaligen Zeit ansieht – es ist nicht zu glauben, was für eine artikulierte, entschlossene, kämpferische Führungsfigur er noch war. So hat die Politik wenigstens rhetorisch noch eine Weile an ihrem Gestaltungsanspruch festgehalten! Eine solche Gleichzeitigkeit von Krise und Konflikt fehlt heute vollkommen.

Liegt das auch daran, dass man nicht von Krise spricht, sondern jetzt von Krisen, also im Plural, sprechen muss und die Politik mit diesem Szenario von Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Fiskalkrise, Klimakrise und möglicherweise Gesellschaftskrise gar nicht mehr umgehen kann? Dass sich das auch niemand mehr zutraut? Nur eine aktuelle Meldung vom heutigen Tage: Die Arbeitsagenturen rüsten sich für Massenentlassungen.

Ja, die Politik hat den Überblick verloren. Seit „9/15“, dem Crash der Lehman Brothers, habe ich überlegt, dass vielleicht eine Schrecksekunde von sechs Monaten eintritt nach dem Platzen der Finanzmarkt-Blase, dass die Reaktion der Öffentlichkeit und der politischen Akteure sich nur verzögert. Inzwischen denke ich, das war falsch, sondern was Platz greift, ist eine fatalistische Dumpfheit und Desorientierung. Das Motto heißt eher: Rette sich, wer kann; man kann sowieso nichts machen gegen die Naturgewalten der Weltmärkte; das nächste Jahrzehnt wird eines der weiteren Demontage des unter gewaltige Sparzwänge geratenen Sozialstaats.

Ist das eine individuelle Immunisierung?

Die kann sich ein Teil der Bevölkerung leisten. Heute reden die wirtschaftlichen und politischen Eliten von Krise. Damals war es so, dass wir davon geredet haben, aber die Eliten fragten nur: Von was spricht ihr eigentlich? Das geht doch vorüber! Die Situationsdeutung selbst war in den siebziger Jahren ein Streitpunkt. Heute sind wir uns alle einig. Allen in den Wirtschaftswissenschaften, in den politischen Parteien, in der Regierung, in internationalen Organisationen dient das Wort Krise als Schlüsselwort, um die

Lage zu beschreiben. Wie gebannt warten alle Seiten darauf, dass sie einmal von selbst aufhört; und dass der Brand nicht nochmals aufflackert, weil es dann kein Löschwasser mehr gibt.

Hängt das auch damit zusammen, dass sich seit den siebziger Jahren der Staat so sehr zurückgezogen hat und sich im großen und ganzen allmählich eine Denkschule, die eine reduzierte Rolle der Politik forderte, durchgesetzt hat?

Um noch einmal zu vergleichen: Was die Differenzen in den siebziger Jahren über die Situationsdeutung angeht – ich erinnere mich, 1982 erfolgte der Wechsel von Schmidt zu Kohl, und der versprach die „geistig-moralische Wende“. Damit stellte er einer falschen Richtung der Politik, wie er glaubte, seine richtige Richtung gegenüber. Wenn das heute jemand sagen würde, man wüsste gar nicht, wovon er redet. Eine weitere Differenz zu damals möchte ich kurz erwähnen: Heute gelingt es den Regierungen, besonders ausgeprägt in Deutschland, die Krise über die Zeit zu verteilen, sozusagen dünn zu streichen. Sie soll nicht überall zur gleichen Zeit auftreten, sondern zeitversetzt ankommen, insbesondere auch wegen des Bundestagswahlkampfes.

Gehören dazu denn auch politische Manipulationen wie die ständige Veränderung der Arbeitslosenstatistik? Rechnet man die dramatische Lage klein?

Beschönigen kann man mit vielen Tricks, indem man zum Beispiel Arbeitslose in befristete Arbeitsverhältnisse übernimmt. Auch statistische Definitionen sind manipulierbar: Wie viele Stunden muss man mindestens arbeiten, um nicht mehr arbeitslos zu sein? Die Antwort ist: drei pro Woche. Und diese ganzen Minijobs, Midijobs, Geringfügigkeitsregelungen, das ist ja ein dichtes Gestrüpp von Vertuschungsmanövern. Das ist auch ganz erfolgreich, da es nicht alle betrifft, sondern bestimmte Sektoren zu verschiedenen Zeitpunkten. Das ist eine Diffusionsstrategie, ebenso wie das befristete Kurzarbeitergeld und die Abwrackprämie. Aber auch unabhängig davon sehe ich nicht, dass es einen großen Dissens über Ursachen, Folgen, verfügbare Abhilfen und Präventionen gibt.

Was bedeutet das aber dann für die Rolle des Staates? Wenn alle sich einig sind, kehrt dann möglicherweise der starke Staat zurück?

Das wäre sicher angesagt, aber in Deutschland und in der EU sehe ich es nicht.

Paul Krugman, der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger, sagt das für die USA voraus: Big government komme wieder. Das wäre dann der bisher einzige Erfolg, denn die Kontrollinstrumente der Politik haben auf dem Finanzsektor bisher nicht wirklich gegriffen.

Wegen seiner Reform des Gesundheitssystems steht Obama derzeit mit dem Rücken zur Wand. Warten wir also ab. Den Clintons ging es 1995 genauso. Der Medical Industrial Complex ist überall mächtig und hält politische Vetopositionen besetzt. Natürlich kann man von einem „starken Staat“ dann schon sprechen, wenn er sich finanzpolitisch derart gewaltig engagiert, wie in den USA und zum Teil in Europa geschehen. Aber das heißt auch, dass er sich dabei über alle Ohren verschuldet und sich damit natürlich auf lange Zeit um so mehr schwächt.

Was geschieht denn, wenn die nächste Finanzkrise da ist?

So ist es. Wenn ich mich für einen Moment in deren Schuhe stelle, vermute ich eine gewisse Überraschung, dass es so leicht war, zu ihrer Rettung alle Schleusen zu öffnen. Aber sie können wohl nicht darauf rechnen, dass das ein nächstes Mal überhaupt noch möglich sein wird.

Ist das nicht umgekehrt gerade der Erpressungsfundus, den die in der Hand haben?

So ist es. Wenn ich mich für einen Moment in deren Schuhe stelle, vermute ich eine gewisse Überraschung, dass es so leicht war, zu ihrer Rettung alle Schleusen zu öffnen. Aber sie können wohl nicht darauf rechnen, dass das ein nächstes Mal überhaupt noch möglich sein wird.

Könnte man denn sagen, dass dieser Sieg der verselbständigten Finanzmärkte in den letzten Jahrzehnten weiter ging, als es die Kapitalismuskritiker der siebziger Jahre erwartet hatten?

Ja, sicher. Zwei Theorien interessieren mich dazu. Einmal ist von Risikodiffusion die Rede, ein Prozess, in dem sehr viele sehr schnell potentiell Leidtragende werden, über Grenzen und Sektoren hinweg. Das bedeutet Risikominderung, das Risiko wird auf viele Schultern verlegt. Das andere ist ein Explosionsmodell: Danach ist die Gefahr größer, je mehr Akteure betroffen sind und je schneller die Dominokette kippt. Noch wissen wir nicht, was davon zutrifft.

Läuft die Entwicklung von der Finanz- über die Wirtschaftskrise in eine Fiskalkrise?

Nach dem Explosionsmodell muss man davon ausgehen, dass die Krise sich immer weiterfrisst und dadurch die Handlungsmöglichkeiten, sie aussichtsreich zu bekämpfen, zunehmend verlorengehen.

Die Frage ist, ob das Auswirkungen für die soziale Integration dieser Gesellschaft hat. Der Sozialstaat à la Keines wird beerdigt, weil die Mittel nicht da sind. Was passiert dann, etwa mit den Hartz-IV-Empfängern – einschließlich ihrer Angehörigen sind wir bei rund sieben Millionen – kommen die je wieder raus aus diesem System? Wenn nicht, was bedeutet das eigentlich für diese Gesellschaft?

Bisher führt es jedenfalls nicht zu kollektiven Konflikten, deren Akteure sich an die Politik adressieren. Die Konflikte werden anderswo abgearbeitet; sie treten im Gesundheitsbereich auf, in den Familien, unter Nachbarn, am Arbeitsplatz kommt es zu Konflikten, die Kriminalität nimmt zu, die soziale Frage kann von rechts her aufgerollt werden. Das sind alles soziale Pathologien, die an der offiziellen Politik vorbeigehen. Größere Allianzen werden nicht geschmiedet werden, es gibt keine organisierte Reaktion auf die Krise. Sorgfältig und engagiert denkt Christoph Deutschmann darüber nach. Er benutzt die Kategorie der Hoffnung. Gemeint ist die Zuversicht, mit der man Lebenspläne anlegt und dann verfolgt. Manche haben (zu Recht) das Gefühl, dass sie mehr Chancen als Risiken haben. Sie sehen sich als Leute, die davonkommen und sich die Lage sogar zu Nutze machen können. Deshalb werden sie jetzt individuell der „Augen-zu-und-durch“-Methode folgen. In diesem Sinne macht die Krise vielleicht auch viele fromm, die Anlass haben zu denken, sie werden schon davonkommen. Das ist ein Phänomen einer geradezu irrationalen und zwanghaften Zuversicht: Es wird bald alles wieder gut, und die Steuern werden sinken. Und andere sehen sich sehr viel mehr Risiken als Chancen ausgesetzt. Sie finden es schwer, positive Lebensperspektiven aufzubauen, deshalb ziehen sie sich zurück in eine ebenfalls individualistische, apathische, fatalistische, angstvolle und zynische Einstellung gegenüber sich selbst, der staatlichen Politik und allen anderen. So wirkt die Krise auf beiden Seiten konfliktbetäubend.

In unseren Daten findet sich das auch wieder. Die Leute sagen: Der Gesellschaft geht es schlecht, aber mir geht es noch ganz gut.

Ja, das sind die, die davonzukommen meinen.

Zu diesem nichtpolitischen Verhalten könnte doch auch die Erfahrung beigetragen haben, dass die Politik ebendiese Steuerungsfähigkeit schlicht nicht mehr hat, wenn nicht sogar freiwillig abgetreten hat, sie kann also nicht mehr helfend und korrigierend zugunsten der Betroffenen intervenieren.

Das ist Teil des Arguments. Man sieht ja, dass die Politik nichts zuwege bringt. Dass die Naturgewalten des Weltmarktes die staatliche Politik als Spielball vor sich her treiben. Weil das so ist, so ein vorherrschendes Gefühl, sollten wir gar keine illusorischen Erwartungen in die Politik investieren.

Auch nicht die Erwartung, Kontrolle zurückerobern zu können?

Nein, wer sollte das tun? Wer sollte diese Erwartung haben? Es wirkt so evident hilflos, ratlos, perspektivlos und manipulativ ablenkend, was uns die Politik anbietet. Hören Sie sich Politiker-Runden im Fernsehen an: Es ist so trostlos, dass man erst im übertragenen und dann bald auch im wörtlichen Sinne abschaltet.

Leben wir denn insofern schon in postdemokratischen Verhältnissen?

Diese Analyse von Colon Crouch und anderen finde ich zumindest sehr anregend. Depolitisierungseffekte zeigen sich darin, dass es kein Gegenüber mehr gibt, an das man sich wenden könnte. Auch nicht an den Herrn Gysi von den Linken. Die Politik ist nicht mehr die Adresse; sie ist sozusagen unbekannt verzogen. Bei vielen Bürgern scheint das Gefühl abhandengekommen zu sein, überhaupt repräsentiert zu werden und sich irgendwo in einem politischen Lager positionieren zu können. Auch das ist übrigens anders als in den siebziger Jahren. Deshalb spürt man kaum einen Hauch politisch relevanter Konflikte.

Liegt es daran, dass es systemische Krisen sind und nicht Krisen einer Partei oder einer Regierung?

Systemisch, ja. Keine der politischen Parteien oder der Kerninstitutionen der repräsentativen Demokratie genießt die Qualität, dass man ernsthafte Hoffnungen in sie investieren wollte. Adenauer, denkt man gelegentlich während der zahllosen Gedenkveranstaltungen über die Geschichte der Republik, stand immerhin für bestimmte Positionen, und er stand gegen andere, er war

lokalisierbar, und man konnte sich in Relation zu ihm setzen.

Meinen Sie das, wenn Sie davon sprechen, dass es eine schleichende und dramatische Verrottung des demokratischen Systems gibt?

So ist es. Dabei gibt es so gut wie keine Antidemokraten. Aber sehr viele Leute haben die Nase voll von dieser Art von Als-ob-Politik. Während im Wahlkampf wichtigste Themen (Afghanistan, Integration von Migranten, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, europäische Integration) geradezu absichtsvoll beschwiegen werden, geht es endlos um Nebensachen wie die Dienstwagenbenutzung der Gesundheitsministerin und die Dinner-Party im Bundeskanzleramt für Herrn Ackermann. Jeder Passant weiß: Das ist Politik-Ersatz.

Wir haben in unseren Bevölkerungsbefragungen nach Kernnormen gefragt wie Solidarität, Gerechtigkeit und Fairness. Fast drei Viertel der Menschen glauben nicht mehr daran, dass es in dieser Gesellschaft überhaupt noch eine Chance gibt, solche Werte zu verwirklichen. Das bedeutet natürlich auch etwas für die Demokratie und für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Die Politik schafft es nicht, sie hat ihr Ansehen verloren und ihre Kraft. Schon ästhetisch wirkt sie irgendwie vernebelt und konturlos. Was sie eigentlich leisten sollte, nämlich die laufende überzeugende Annäherung an die Einlösung der genannten normativen Anforderungen, das schafft sie ersichtlich nicht. Ich kenne inzwischen ein Dutzend Leute, die zerstörerische Erfahrungen mit dem aktuellen Arbeitsmarkt gemacht haben und so gut wie sicher sein können, dass sie ihre Chancen aufgebraucht haben und nie wieder im „ersten“ Arbeitsmarkt unterkommen werden. Aber die Arbeitsverwaltung schikaniert sie, wenn sie eine Viertelstunde zu spät kommen, weil sie einmal ihr Kind abgeben mussten; dann kriegen sie eine Woche lang keine Zahlung. Ich würde das nicht erwähnen, wenn es ein Einzelfall wäre.

Wir sind hier nicht zur Ehrenrettung der Politik angetreten – und trotzdem ist es ja auch eine Gefahr, dass Ressentiments losgetreten werden. Es versagen doch auch andere. Politische Ökonomie beispielsweise ist verschwunden, in der Wissenschaft herrschte eine Monokultur im ökonomischen Denken, viele haben versagt.

Gewiss. Die politische und intellektuelle Re-

putation der Wirtschaftswissenschaft ist nun wirklich ein Opfer der Krise. Wenn wir nicht den Paul Krugman und wenige seinesgleichen hätten, dann würden wir vollends verzweifeln.

Das liegt aber wahrscheinlich auch daran, dass in den Modellen der Wirtschaftswissenschaftler das Wort „Krise“ gar nicht vorkommt.

Einige jüngere Wirtschaftswissenschaftler sagen, wir müssten total neu anfangen und sehr viel stärker institutionell und soziologisch denken. Diese Modellästhetik der letzten Jahre, die Wirtschaft als Mathematik, das ist heute alles zutiefst desavouiert – hoffentlich mit kreativen Folgen.

Auf der anderen Seite fehlt es unserer Gesellschaft möglicherweise an Mobilisierungsexperten?

Soziale Bewegung gibt es eigentlich nicht mehr. Paul Virilio hat von „rasendem Stillstand“ gesprochen. Eine Menge bewegt sich mit ungeheurer Dramatik (die Technologie, der Klimawandel, die Massenkultur, die Geschlechter- und Generationenbeziehungen), aber gleichzeitig herrscht Stillstand, verbunden mit der Unfähigkeit zur Selbstverständigung darüber, wo wir sind, was auf uns zukommt und was die Prioritäten sind. Ausnahmen von dieser Regel sind symptomatischerweise alte Leute, von Kurt Biedenkopf bis Erhard Eppler, Heiner Geissler oder Richard von Weizsäcker, die lebensgeschichtlich längst heraus sind aus politischen Ämtern und Ambitionen. Kurt Biedenkopf zum Beispiel spricht vieles aus, worauf seine Parteifreunde wohl nur mit ahnungsloser Irritation reagieren können. Leute wie er können es sich sozusagen leisten, die Wahrheit zu sagen und neue Gedanken vorzutragen. Sie leisten sich den Luxus einer gewissen Ehrlichkeit und einer unbefangenen und informierten Situationsbetrachtung. Alle anderen sind eingesponnen in Abhängigkeiten und Selbsttäuschungen. Es gibt also so etwas wie eine analytische Militanz der Achtzigjährigen; aber ihre Einsichten gehen leider oft unter im allgemeinen Rauschen.

Um noch einmal zurückzukommen auf Ihre Formel der „schleichenden und dramatischen Verrottung“. Ist das Undramatische nicht gerade das Dramatische?

Ich hätte gedacht, dass die politischen Parteien in ihrem eigenen Interesse ehrlich die Situation beschreiben und zur strategischen Orientierung beitragen. Das ist leider nicht erkennbar.

Aber „Verrottung“, wenn man bei diesem Bild bleibt, heißt ja auch, dass nichts mehr wächst. Wenn das zutrifft, was kommt danach? Stehen wir vor einer Ära der rechtspopulistischen Bewegungen?

Ein Vakuum sehe ich, aber Rechtspopulismus? Italien ist natürlich schrecklich, da schlägt jemand Profit aus dieser Verrottung. Aber Berlusconi ist nicht in der Lage, einen „-ismus“ zu begründen. Er ist ein Clown, ein *male chauvinist*, und löst damit einen gewissen Appeal bei Teilen seiner Wählerschaft aus. Und im übrigen hat die Linke versagt. Ich sehe die populistische Gefahr, aber die Anhaltspunkte dafür in Deutschland sind doch recht schwach. Und wie es sich glücklich fügt: In Frankreich, in Deutschland, in den Niederlanden, in Dänemark, in Österreich streiten sich die populistischen Rechtsparteien untereinander und addieren sich vielfach zu null oder zu wenig mehr. In den alten EU-Ländern, Italien und Griechenland vielleicht ausgenommen, gibt es wohl gewisse Immunisierungseffekte. In Osteuropa hingegen ist die Entwicklung gefährlich: Ungarn besonders, Bulgarien, Rumänien, auch in Polen, überall tauchen nationalistische Bewegungen auf, anti-EU, antiliberal, antiwestlich.

Wenn ich Sie richtig verstehe, ist Mitte-Links oder die Linke in Europa im Grunde implodiert, obwohl man sagen würde, eine ökonomische Krise dieser Art, das ist eigentlich ihre Stunde.

Sie hat Positionen zu früh geräumt, die jetzt vielleicht reaktivierbar wären. Das gilt für die deutsche Sozialdemokratie, das gilt für Labour in Großbritannien, für die französischen Sozialisten sowieso. Walter Veltroni in Rom hat aufgegeben. Er zieht sich zurück aus dem politischen Leben. Ein Lichtblick ist der Zapatero in Spanien, aber sein Land befindet sich in einer wirklich miserablen ökonomischen Situation. Aber sonst?

Was ist denn zu erwarten? Was wäre, wenn die Politik nach der Bundestagswahl ihre Botschaften ändert?

Ich glaube aus heutiger Sicht, mitten im Wahlkampf, die Bundestagswahl wird ein tiefer Einschnitt. Dann könnte es, je nach Ausgang, ernst werden; dann hört man vielleicht mit der Taktik auf, die Krise über die Zeit zu verteilen und so die Flächenbrände zu limitieren.

Kann man dann sagen, dass es doch sehr sinnvoll

ist, dass es so etwas gibt wie stabilisierende Apathie?

Ja, aber das ist kein Dauerzustand. Zumal es einfach auf der Ebene der Sozialintegration nach unten gehen kann. Wenn nicht allmählich etwas für die Massenkaukraft unternommen wird (oder wie Deutschmann das mit seiner wirklich gewagten Formel von der „Sozialisierung der Lohnfonds“ gesagt hat, eine andere Bezeichnung für Grundeinkommen), wenn das Einkommen nicht nach anderen, bürgerrechtlichen Kriterien verteilt wird, dann sehe ich schwarz. Konjunkturpolitisch wäre das übrigens eine ziemlich gute Idee. Aber da müsste die Politik, da müssten wir alle schmerzhaft umdenken.

Welche Chancen sehen Sie denn für eine Repolitisierung? Würde dabei so etwas wie eine Grundsicherung helfen, so dass die Menschen nicht länger fürchten müssen, bei jeder Gelegenheit in die Gefahr zu geraten, gekündigt zu werden?

Die Angst spielt zwar eine große Rolle. Aber ich sehe kaum Aussichten für eine Repolitisierung, sei es bei den politischen Parteien, den Gewerkschaften oder den sozialen Bewegungen.

In unseren Analysen sieht man sehr deutlich, dass diejenigen, die sich bedroht fühlen, zunächst mal durchaus sagen, dass sie beispielsweise an Demonstrationen teilnehmen würden. Das Problem ist, dass die Bedrohten aber seit jeher diejenigen aus den unteren sozialen Schichten sind, die kaum mobilisierungsfähig sind.

Unter anderem deshalb, weil sie sich nicht als Dauerarbeitnehmer in „ihrem“ konkreten Betrieb treffen. Wenn man zu Hause sitzt und sich drei bis fünf Stunden die Woche mit Minijobs beschäftigt, dann trifft man seinesgleichen nicht so leicht und hat für irgendwelche Mitgliedsbeiträge oder auch nur Zeitungen in der Regel kein Geld.

Kann man von Demokratieentleerung sprechen?

Ja. Das von jedem demokratischen Verfassungsstaat vorauszusetzende Interesse der Bürger an Parteien und ihren Politikvorhaben ist weithin erlahmt, so stark, wie es noch nie der Fall war in meiner politisch bewussten Lebenszeit, das heißt seit mehr als 50 Jahren. Das ist wohl nicht nur in Deutschland so. Der Wahlkampf 2009 war, wie allseits beklagt wurde, buchstäblich gegenstandslos – auch, weil viele der Hauptprobleme außerhalb der Reichweite

nationalstaatlicher Politik liegen. Nehmen Sie Afghanistan oder die geplante Rettung von Opel.

Müsste dann nicht der Umkehrschluss heißen, damit man nicht gar zu pessimistisch die Politikwelt betrachtet, dass man erheblich offensivere politische Alternativen im Post-Nationalstaatlichen, in Europa, suchen muss?

Das wäre natürlich der Ausweg: Das, was bisher auf der nationalstaatlichen Bühne stattfand, auf die große europäische Bühne zu bringen. Das hat Jürgen Habermas seit vielen Jahren geradezu verzweifelt versucht und mutig und entschlossen empfohlen.

Und das Karlsruher Gericht ist ihm gerade in den Arm gefallen.

Ja, das hätte ich nicht erwartet, dass das nationale Parlament vom Gericht in eine so starke Veto-Position gerückt wird. Ich neige auch dazu, zu sagen, man muss auf der europäischen Ebene versuchen, die Politik wieder flottzumachen. Aber ein regulatives Regime für das Bankwesen, das nun wirklich Zähne hätte, kommt auch dort nicht zustande. Und dann: Es gibt kein europäisches Parteiensystem, nicht mal ein europäisches Parteiengesetz oder ein Gesetz zur Parteienfinanzierung. Ja, Europa, das wäre ein Weg aus der Krise. Sehr zuversichtlich bin ich aber, was Europa angeht, leider nicht.

Interview mit freundlicher Erlaubnis des Suhrkamp Verlags entnommen aus Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände*, Folge 8, Berlin 2010, edition suhrkamp 2602.